

Dezernat II

Finanzen, Sicherheit & Bürgerservice



QUARTALSBERICHT 4/2017





13. März 2018



■	Überblick Dezernat II	3
■	Erläuterungen zum Berichtszeitraum	3
■	Vorschau Gesamtjahr / Folgejahr	3
■	Chancen und Risiken	5
■	Ergebnisplan	6
■	Budgetübersicht	7
■	Stellenübersicht	8
■	Kennzahlen	9



ERLÄUTERUNGEN ZUM BERICHTSZETRAUM

Im Ergebnisplan des Dezernates 2 steht zum 31.12.2017 ein voraussichtliches Ergebnis von - 21,8 Mio. € zu Buche, das somit um 907 T€ besser als geplant ausfällt. Das Ergebnis begründet sich in folgenden Planabweichungen, die im Wesentlichen denen des 3. Quartals entsprechen:

Ertragsseitig liegen die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Position 04) um 319 T€ über dem Haushaltsansatz. Davon entfallen 249 T€ auf Hortgebühren im KiHGS, von denen 159 T€ als Personalkosten-Anteil an das Land abzuführen sind (siehe auch Position 07 Aufwendungen - Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen). Bei den Kostenerstattungen und -umlagen (Position 06) fällt das Ergebnis 340 T€ besser als geplant aus. Überwiegende Ursache sind hier 394 T€ Erstattungen von Kostenträgern für den Rettungsdienst. Die sonstigen laufenden Erträge (Position 09) unterschreiten den Planansatz um 243 T€, wobei das 405 T€ betragende Defizit bei Bußgeldern im ruhenden und fließenden Verkehr durch 133 T€ Betriebskostenerstattung von KIJ für das Jahr 2016 reduziert wird. Die Erträge übersteigen den Planansatz insgesamt um 371 T€.

Die Aufwendungen unterschreiten den Plan mit insgesamt 536 T€. Korrespondierend zu Position 04 der Erträge entfällt in Position 07 ein Mehraufwand von 152 T€ auf den an das Land abzuführenden Personalkosten-Anteil aus Hortgebühren und 55 T€ resultieren aus Rückzahlungen von Zuweisungen für das ausgelaufene Thüringer Erziehungsgeld. Die Position 08 Aufwendungen der sozialen Sicherung beinhaltet einen Minderaufwand von 231 T€ wegen des ausgelaufenen Thüringer Erziehungsgeldes.

Per 31.12.2017 sind 25,13 Stellen unbesetzt.

Die Kennzahlenbetrachtung zeigt weiterhin Ausschläge im roten Bereich für einige bereits bekannte Sachverhalte: Im Produkt 1234 Verkehrsüberwachung ist eine leichte Verbesserung bei nach wie vor negativem Ausschlag in der Kennzahl Ahndung der Verstöße im fließenden Verkehr (12340110) im Vergleich zum 3. Quartal zu eingetreten. In den Produkten 3653 Erhebung Elternbeiträge für Kitas und 3654 Erhebung Elternbeiträge für Horte ist Normalität eingetreten.

Im Produkt 1221 bewegt sich die Anzahl der Sondernutzungsanträge (12210100) auch zum Jahresende 2017 noch über dem Planwert.

VORSCHAU GESAMTJAHR / FOLGEJAHR

Fachdienst Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung

Eine wichtige Aufgabe des Fachdienstes Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung bestand 2017 in der Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Doppelhaushalt 2017/18: Erarbeitung "Szenario 2030" für die nachhaltige Finanzierung der Kommune mit langfristigem Zeithorizont sowie Weiterentwicklung des Controllings mit Schwerpunkt "Investitionen". Das "Szenario 2030" wurde im Januar 2018 fertig gestellt und den betreffenden Ausschüssen sowie dem Stadtrat zugeleitet. Vorschläge zur strategischen Schwerpunktsetzung bei Investitionen sollen mit der Überarbeitung der Liste zur Priorisierung städtischer Investitionen im 2. Quartal 2018 vorgelegt werden, so dass sie in die Haushalts- und Wirtschaftspläne 2019/20 einfließen können. Bereits jetzt zeigt sich, dass für zusätzliche Projekte keine Finanzierung möglich ist. Zusätzliche Investitionen sind daher nur bei Verzicht auf beschlossene Projekte möglich.

Herausforderungen im Bereich Haushalt/Rechnungswesen bestehen in der für die 2. Jahreshälfte 2018 bevorstehenden Haushaltsplanung 2019/20 sowie in der Vorbereitung der neuen umsatzsteuerlichen Behandlung von Kommunen ab 2021 (§ 2b UStG).

Der Bereich Controlling und Organisationsentwicklung wird weiterhin von der Einführung des Business Intelligence(BI)-Systems für Themenbereiche außerhalb des Finanzcontrollings, der beschleunigten Nutzarmachung des DMS-Systems für papierlose Prozesse über die bloße Archivfunktion hinaus sowie durch externe und interne Projekte (z.B. Engelplatz, Stadion) geprägt sein. Für die bessere Koordinierung der bevorstehenden Großprojekte soll ein Zentrales Projektmanagement mit 3 Mitarbeitern etabliert werden. Als maßgebliches verwaltungsweites IT-Projekt steht für 2018 die Einführung neuer Werkzeuge für Wissensmanagement und Zusammenarbeit auf der Tagesordnung.

Fachdienst Buchhaltung und Vollstreckung

Der Fachdienst Buchhaltung und Vollstreckung (FD-BVS) erwartet 2018 einen Mehrbedarf an Geschäftsausgaben zur Finanzierung von

- gestiegenen und steigenden Kontoführungsgebühren der Banken;
- Kosten des Zahlungsverkehrs durch u. a. deutlich höhere EC- und Kreditkartenumsätze;
- Vollstreckung von Fahrzeugen, begründet durch lang laufende Widerspruchs- und Klageverfahren um das

- Pfandgut und Portogebühren.

Dem muss bei der nächsten Planung durch eine Erhöhung des Planansatzes Rechnung getragen werden. Dies betrifft auch die Mieten für Fachanwendungen (KIJ, Kosten der Kassenautomaten).

Im Jahr 2018 wird vor allem ein gut laufender Umstrukturierungsprozess im FD-BVS von sehr hoher Wichtigkeit sein. Durch die Auflösung der gemischten Teams und die Entstehung von zwei getrennten Bereichen Buchhaltung und Vollstreckung werden Weiterbildungen, Schulungen, Seminare etc. unabdingbar sein. Wünschenswert sind insbesondere Inhouse-Schulungen mit externen Dozenten. Das geplante Aus- und Fortbildungsbudget wird hierfür nicht ausreichen.

Fachdienst Kommunale Ordnung

Seit dem 3. Quartal hat es im Fachdienst Kommunale Ordnung keine Änderungen in der Einschätzung gegeben. Im Jahr 2018 wird mit erhöhten Einnahmen bei den Sondernutzungsgebühren gerechnet, da die neue Satzung zum 01.03.2018 in Kraft tritt.

Fachdienst Verkehrsorganisation

Bei der Verkehrsüberwachung im fließenden Verkehr sind die Fallzahlen an stationären Messanlagen deutlich um 28 % zurückgegangen. Dadurch ergab sich im Jahr 2017 ein erheblicher Einnahmerückgang, der durch eine wesentliche Zunahme der Fallzahlen an mobilen Messgeräten (+ 21 %) und eine Reduzierung der Zahlungen an den Geräteanbieter von stationären Messanlagen (- 39 T€) mehr als nur ausgeglichen werden konnten. Im Arbeitsfeld Geschwindigkeitsmessung wurde ein Überschuss von 27 T€ erwirtschaftet. Im Arbeitsfeld Kontrolle des ruhenden Verkehrs gab es trotz einer Erhöhung der Fallzahlen um 1.600 Fälle einen Einnahmerückgang von 40,5 T€. Bei der Beseitigung von Störungen durch ordnungswidrig abgestellte Fahrzeuge trat im Vergleich zum Vorjahr eine Leistungssteigerung um 45 % ein. Wurden im Jahr 2016 insgesamt 541 störend abgestellte Fahrzeuge abgeschleppt, so waren es im Jahr 2017 bereits 787 Fahrzeuge. Diese Zahlen belegen einerseits die Wirksamkeit der Spezialisierung einiger Beschäftigter, zeigen andererseits jedoch auch den Ordnungszustand in der Stadt deutlich an.

Im Jahr 2018 plant der FD Verkehrsorganisation (FD-VO) eine Fortsetzung seiner - auch in Bezug auf die Verkehrssicherheit - erfolgreichen Strategie. Mobile Messgeräte werden auch weiterhin an den Verkehrsschwerpunkten des Unfallgeschehens und zum Lärmschutz eingesetzt. Die Verkehrsüberwachung im ruhenden Verkehr erfordert einen größeren Personaleinsatz insbesondere an veranstaltungsintensiven Wochenenden. Deshalb plant der FD-VO im Jahr 2018 durchgängig, zumindest immer samstags, Kontrolleinsätze durchzuführen.

Fachdienst Feuerwehr

Der im Jahresmittel 2017 ermittelte Erreichungsgrad von ca. 85 % bei der Hilfsfrist bestätigt die Auswirkungen der Erhöhung der Funktionsstärke seit dem 2. Quartal.

Der Rückstand im Bereich der Abrechnung Rettungsdienst konnte durch Aufgabenumverteilung deutlich reduziert werden. Die geplanten Einnahmen für das Jahr 2017 wurden erreicht.

In der Zentralen Leitstelle kann es in absehbarer Zeit zu Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften kommen, so z.B. mit Gera und dem Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen bzgl. eines Notrufüberlaufs bzw. einer Redundanzebene oder mit den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis hinsichtlich der Aufgabenübernahme.

Für das Jahr 2018 stehen derzeit einige signifikante Herausforderungen an. Neben diversen personellen Entwicklungsmaßnahmen (u.a. Ausbildungs- und Praxisaufstiege) stellt der Fachdienst Feuerwehr (FD-FW) auch in diesem April fünf neue Anwärter des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes ein. Zur Sicherstellung dieser Ausbildung für die kommenden Jahre wird der FD-FW ab April 2019 einen eigenen Grundausbildungslehrgang durchführen müssen und mit diesem auch interkommunale Unterstützung im Freistaat leisten. Die Konzeption dafür wird den FD-FW im Jahr 2018 vor neue Herausforderungen stellen, welche neben den schon langjährig geplanten Projekten, wie z.B. dem Neubau des Katastrophenschutzlagers mit Erweiterung der Feuerwache Süd oder der Ertüchtigung des Feuerwehrgerätehauses in Lützeroda, zusätzlich zu bewältigen sein werden.

Fachdienst Bürger- und Familienservice

Die besondere Herausforderung des Fachdienstes Bürger- und Familienservice besteht im Jahr 2018 in der Absicherung der Wahl des Oberbürgermeisters.

Fachdienst Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht

Im Jahr 2017 ist der erwartete Bevölkerungszuwachs von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingetreten. Zahlenmäßig besonders relevante Teilgruppen sind der Hochschulbereich (Studium, Studienvorbereitung, Wissenschaftler, Forscher), EU-Staatler und Flüchtlinge einschließlich nachgereister oder nachgeborener Familienangehöriger. Die einzelnen Teilbereiche unterliegen sehr unterschiedlichen rechtlichen Vorschriften. Am Jahresende 2017 lebten Personen aus 125 Staaten in Jena.

Im Bereich Flüchtlinge waren erhebliche zusätzliche Aktionen wegen Mängeln beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nötig.

Mit Beginn des Jahres 2018 setzt sich im Standesamt die zum Jahresende 2017 beschriebene Tendenz in Folgendem fort:

- nach 55 Einbürgerungen 2017 fanden bereits 15 in den Monaten Januar und Februar 2018 statt;
- vermehrte Beratungsgespräche im Bereich Einbürgerungen (seit Januar fanden 40 Gespräche statt, was einer Verdoppelung zum Vorjahr entspricht) und bei Anmeldungen zu Eheschließungen, an denen mindestens ein Beteiligter eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt (seit Januar 21 Paare) sowie zunehmende Nachfragen durch EU-Bürger;
- weiterhin hoher Bearbeitungsaufwand (26 vollständige Anträge wurden im benannten Zeitraum eingereicht, bei 37 Vorgängen waren Dokumente nachzufordern).

Mit Blick auf das Jahr 2018 lässt sich einschätzen, dass deutsche Staatsbürger, die im Ausland leben und ihren letzten Wohnsitz in Jena hatten, Personenstandsfälle in das deutsche Personenstandsregister nachbeurkunden lassen. Dies betrifft hauptsächlich Bescheinigungen zu im Ausland erklärten Namen, Eintragungen von Geburten und Hochzeiten mit dem Ziel, deutsche Urkunden erstellen zu können. Diese Aufgabe wurde den Standesämtern im November 2017 durch das Bundesinnenministerium übertragen.


Außerdem arbeiten Standesamt, Ausländerbehörde und Bürgeramt konzentriert weiter daran, die Angaben zu ausländischen Mitbürgern (Flüchtlinge, Studierende, Asylbewerber) einheitlich bezüglich Identität und Personenstand zu führen bzw. erworbene Kenntnisse weiterzuleiten. Das betrifft für die kommenden Monate explizit die Aufdeckung mißbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen und das Erkennen und Bewerten von Minderjährigenehen.

CHANCEN UND RISIKEN

Jena unterstreicht die Stellung als attraktiver Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Zuwachszahlen und die Änderungen gesetzlicher Vorschriften führen zu ungebrochen hohem und steigendem Verwaltungsaufwand für die Ausländerbehörde.

Zunehmend deutlich wird, dass Aufgaben im Zusammenhang mit Ausländern und die verschiedenen rechtlichen Rahmenbedingungen viele Bereiche der Verwaltung betreffen, beispielsweise Standesamt, Fachdienste Personal, Jugend und Bildung, Jugendhilfe. Damit entsteht immer stärker Bedarf an ausländerrechtlichem Wissen und Nachfrage nach Information und Schulung.

Der vorhandene Eindruck zunehmender Vorurteile gegen Flüchtlinge lässt negative Auswirkungen auf den Hochschulbereich Jena befürchten.



Jauch
Dezernent für Finanzen, Sicherheit und Bürgerservice

Stand Ergebnisplan zum 31.12.2017

Ergebnisplanposition	Werte in T€				
	Ergebnis 2016	HH-Ansatz 2017	AO 2017	VAO 2017	Abw. zum HH-Ansatz
01 Steuern und ähnliche Abgaben					
02 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	870	492	231	375	-117
03 Erträge der sozialen Sicherung	6	0	1	1	1
04 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.605	4.374	4.692	4.692	319
05 privatrechtliche Leistungsentgelte	133	149	208	208	59
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.971	4.839	5.217	5.179	340
07 Erhöhung/Verminderung des Bestands FE/UE und Leistungen					
08 andere aktivierte Eigenleistungen					
09 sonstige laufende Erträge	2.890	3.166	2.907	2.923	-243
10 Zins- und sonstige Finanzerträge	13	3	16	16	13
11 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	5.391	5.079		5.079	
12 außerordentliche Erträge					
13 Entnahme aus Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage					
15 Entnahme aus der zweckgebundenen Ergebnissrücklage					
Summe Erträge	17.879	18.102	13.272	18.473	371
01 Personalaufwendungen SN	18.449	19.722	18.977	19.151	-570
02 Personalaufwendungen - ohne SN	75	109	92	94	-15
03 Versorgungsaufwendungen					
04 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.829	5.194	5.334	5.334	141
05 Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und auf SA	635	672		672	
06 Abschreibungen auf VG des UV, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten					
07 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.922	1.989	2.239	2.239	251
08 Aufwendungen der sozialen Sicherung	762	382	145	145	-237
09 sonstige laufende Aufwendungen	4.833	5.291	5.089	5.138	-153
10 Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	1	5	1	1	-4
11 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.201	7.444	52	7.496	52
12 außerordentliche Aufwendungen					
13 Einstellungen in Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Einstellung in die allgemeine Rücklage					
15 Einstellung in die zweckgebundene Ergebnissrücklage					
Summe Aufwendungen	38.707	40.807	31.930	40.272	-536
Gesamtsaldo	-20.828	-22.706	-18.658	-21.798	907

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2016

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2017

AO = Ergebnis gemäß Buchungsstand zum Quartalsstichtag 31.12.2017

Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendung gemäß SN wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt. Die Abweichungen gegenüber dem HH-Ansatz ergeben sich wie folgt:

Einsparungen aus der Personalkostenbudgetierung	-1.473
Verringerung HH-Ansatz für Konsolidierungsbeitrag 1,5%	301
Verringerung HH-Ansatz für zusätzliche Konsolidierung (10 VbE in 2016 bzw. 3,0% ab 2017)	602
Abweichung Gesamt-Soll zum HH-Ansatz	
Abw. zum HH-Ansatz	-570



Stand Ergebnisplan zum 31.12.2017 je Budget

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Werte in T€				
			Ergebnis 2016	HH-Ansatz 2017	Gesamt-Soll 2017	VAO 2017	Abweichung zum Gesamtsoll
T2002150	Team Haushalt Dezernat 2 Herr Pietsch		-9		1	11	10
T2012110	FD Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung Herr Berger		-277	-934	-1.043	-705	338
T2012120	FD HHCO - Projekt Doppik Herr Berger		-22	-10	-111	-33	78
T2012130	FD HHCO - Betriebe Herr Berger						
T2022140	FD Buchhaltung und Vollstreckung Frau Perret		174		-109	38	147
T2032510	FD Kommunale Ordnung Herr Arndt		-2.470	-2.772	-2.786	-2.759	27
T2042530	FD Verkehrsorganisation Herr Apelt		-785	-569	-569	-722	-153
T2052540	FD Feuerwehr Herr Schörnig		-12.759	-12.853	-13.030	-12.394	636
T2062610	FD Bürger- und Familienservice Herr Schroth		-2.213	-2.819	-2.856	-2.551	305
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld Herr Schroth		-816	-969	-987	-770	217
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht Frau Horatschek		-1.651	-1.780	-1.860	-1.912	-52
Summe Dezernat 2			-20.828	-22.706	-23.351	-21.798	1.553
zzgl. Abweichung Gesamt-Soll vom Haushaltsansatz							-645
Abweichung VAO vom Haushaltsansatz							907

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2016

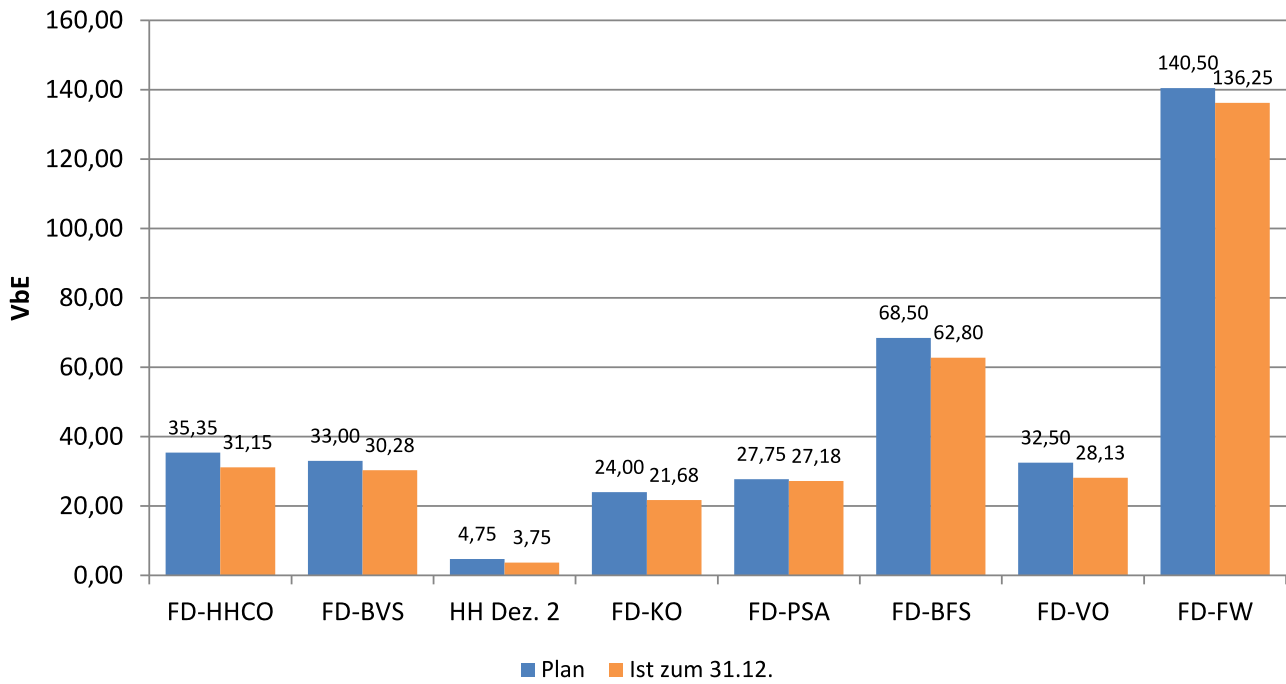
Gesamtsoll = HH-Ansatz zzgl. Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr, über- und außerplanmäßigen Mitteln sowie Sollüberträgen (fortgeschriebener Ansatz)

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2017

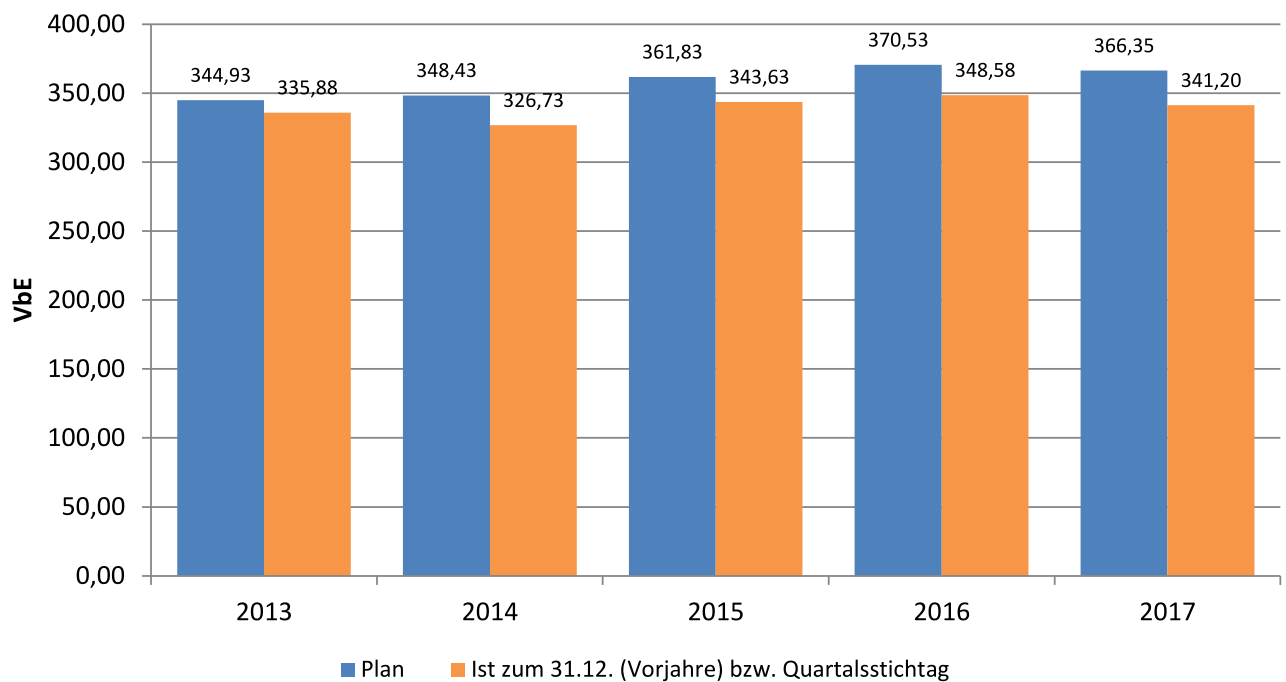
Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendungen gemäß Sammelnachweis wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt.



Stellenbesetzung je Fachdienst



Stellenentwicklung



Kennzahlen zum 31.12.2017 je Budget

Budget	Produkt	Kennzahl	Einheiten entsprechend Kennzahl Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
			Plan 2017	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
T2032510	FD Kommunale Ordnung					
1221	Sicherheit und Ordnung (P)					
		1) Mindestens 95 % der Sondernutzungsanträge werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) Im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit mit der Polizei werden im Kalenderjahr mindestens 48 gemeinsame Streifengänge durchgeführt.				
	12210100	Anzahl der Sondernutzungsanträge gesamt	1.210	1.210	1.602	32,40 % ✘
	12210110	Anzahl der Vorgänge ZEVD gesamt	6.950	6.950	6.060	-12,81 % ●
1222	Gewerbe (P)					
		1) Jede Gaststätte wird im Kalenderjahr mindestens 1x kontrolliert. 2) Jede Spielhalle wird im Kalenderjahr mindestens 2x kontrolliert.				
	12220110	Saldo An-/Abmeldungen	-100	-100	-96	4,00 ✔
	12220120	Anzahl der aktiven Gewerbebetriebe	6.700	6.700	6.639	-0,91 % ✔
T2042530	FD Verkehrsorganisation					
1231	Verkehrsrechtliche Anordnungen, Erlaubnisse und Genehmigungen (P)					
		1) 85% der Anordnungen werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) 90 % der Ausnahmegenehmigungen werden innerhalb von 5 AT entschieden. 3) Die Verkehrsunfallzahlen verringern sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2 %. 4) Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes beträgt mindestens 30 km/h.				
	12310030	Veränderung der Unfallzahlen insgesamt gegenüber dem Vorjahr in %	-2	-2	-7	-5,00 ✔
	12310040	durchschnittliche Reisegeschwindigkeit in km/h	30	30	31,7	1,70 ✔
1234	Verkehrsüberwachung (P)					
		1) Die Verkehrsunfallzahlen an Unfallschwerpunkten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 3 %. 2) In WS-/Gerichtsverfahren halten Entscheidungen zu 95 % der Überprüfung stand.				
	12340110	Anzahl geahndete Verstöße fließender Verkehr	95.000	95.000	84.458	-11,10 % ✘
	12340120	Anzahl Verwarnungen/Bußgelder ruhender Verkehr	40.000	40.000	38.560	-3,60 % ✔
T2052540	FD Feuerwehr					
1261	Brandschutz (P)					
		1) In mindestens 90 % der Alarmierungen wird der Einsatzort in der erforderlichen Sollstärke (Funktionen) und in der vorgegebenen Hilfsfrist für bebaute Ortslagen erreicht.				
	12610010	Erreichungsgrad der Funktionsstärke und Hilfsfrist in %	90	90	85,7	-4,30 ●
1271	Rettungsdienst (P)					
		1) In mindestens 95 % der Einsätze wird der Einsatzort innerhalb der vorgegebenen Hilfsfrist erreicht.				
	12710010	Erreichungsgrad der Hilfsfrist in %	95	95	96,1	1,10 ✔
1272	Leitstelle (P)					
	12720100	Anzahl der vermittelten Einsätze gesamt	60.300	60.300	60.130	-0,28 % ✔
T2062610	FD Bürger- und Familienservice					
1225	Einwohnerwesen (P)					
		1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen. 2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min. 3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min. 4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0.				
	12250010	Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt wurde, an Gesamtfällen in %	2,5	2,5	1,15	-1,35 ✔
	12250020	Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	3,75	-7,25 ✔
	12250030	Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	10,5	-7,50 ✔
	12250041	Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,41	-0,59 ✔
	12250042	Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	600	915	52,50 % ✔

Budget		Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
Produkt	Kennzahl	Plan 2017	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
1232	Fahrerlaubnisse (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Fehlerquote bei der Übermittlung an das Kraftfahrtbundesamt zu minimieren. 2) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand. 3) Die durchschnittliche Wartezeit beträgt maximal 3 min. 4) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt maximal 16 min.				
12320010	Fehlerquote in %	0,5	0,5	0,43	-0,07 ✓
12320030	Durchschnittliche Wartezeit des Bürgers in min.	3	3	2,59	-0,41 ✓
12320040	durchschnittliche Bearbeitungszeit in min.	16	16	16,16	0,16 ✓
1233	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen. 2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min. 3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min. 4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0. 5) Die Bescheiderteilung für Außerbetriebsetzungen erfolgt innerhalb von 3 Arbeitstagen.				
12330010	Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt wurde, an Gesamtfällen in %			0,09	0,09 ✓
12330020	Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	3,75	-7,25 ✓
12330030	Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	17	-1,00 ✓
12330041	Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,41	-0,59 ✓
12330042	Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	600	915	52,50 % ✓
12330050	Bearbeitungsquote - Bescheide innerhalb von 3 Tagen (%)	100	100	100	✓
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld				
3512	Sonstige soziale Angelegenheiten - Bundeselterngeldgesetz (P)				
	1) In mindestens 80 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand. 2) Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Jahr beträgt maximal 25 Arbeitstage. 3) Die durchschnittliche Erledigungsquote beträgt im Jahr mindestens 90 %.				
35120010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	80	80	58,82	-21,18 ✗
35120020	durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	25	22,94	-2,06 ✓
35120030	Erledigungsquote in % (ab 7/2015 nur für Bundeselterngeld aufgrund Nichtigkeitserklärung des Betreuungsgedgesetzes durch das BVE	90	90	94,56	4,56 ✓
35120032	Anzahl der Anträge - Bundeselterngeld	1.800	1.800	1.837	2,06 % ✓
3653	Erhebung Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und bei Inanspruchnahme der Tagespflege - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mindestens 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
36530010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	86,96	-3,04 ●
36530100	Anzahl der Bescheide	8.500	8.500	9.806	15,36 % ●
3654	Erhebung Elternbeiträge für Horte in Schulen - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
36540010	Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	85,71	-4,29 ●
36540100	Anzahl der Bescheide	5.000	5.000	4.840	-3,20 % ✓
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht				
1224	Aufenthaltsrecht von Ausländern (P)				
	1) Pro elektronischem Aufenthaltstitel (eAT) beträgt die Anzahl der Bürgervorsprachen im Durchschnitt nicht mehr als 3. 2) Im Rahmen einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung bleibt die Zahl der fehlerhaft bestellten elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) sowie Reiseausweise unter 2 %.				
12240020	Fehlerquote beim elektronischen Aufenthaltstitel sowie Reiseausweis in %	1,57	1,57	0,51	-1,06 ✓
12240024	Anzahl ausgehändigter eAT sowie Reiseausweise	3.500	3.500	4.150	18,57 % ●
12240110	Anzahl aktuell aufhältiger Ausländer	8.500	8.500	10.102	18,85 % ●